Patente schützen die Demokratie

Die Pandemie bringt das Patentrecht in die Kritik. Einige Staaten wollen es aufheben. Aber das beschleunigt die Impfungen nicht.

Von Axel Metzger

Die Corona-Pandemie hat in den letzten Monaten die Schwächen der internationalen Kooperation in der Gesundheitsversorgung schonungslos offenlegt. Einer der Konfliktpunkte in der Diskussion um die richtige Strategie zur weltweiten Bekämpfung der Pandemie betrifft die Rolle der Patentportfolios von Pharmaunternehmen. Indien und Südafrika haben im Oktober 2020 einen Antrag bei der Welthandelsorganisation (WTO) eingebracht, wonach der im WTO-Recht festgeschriebene Schutz für Patente für die Dauer der Corona-Pandemie ausgesetzt werden soll, und zwar für alle patentierten Technologien, die der Verhinderung, Eindämmung oder Bekämpfung von Covid-19 dienen.

Die Initiative wird von namhaften Nichtregierungsorganisation wie Ärzte ohne Grenzen unterstützt. Mittlerweile haben auch über hundert Staaten ihre Bereitschaft erklärt, über den „Patent waiver" zu verhandeln, darunter auch die Vereinigten Staaten. Einzelheiten sollen noch ausgehandelt werden. Deutschland und die EU lehnen die Initiative bislang ab. Die dramatische Situation in Indien scheint einen staatlich erzwungenen Verzicht auf Pharmapatente nahezulegen. Nico Stehr hat sich diese Position in seinem Beitrag an dieser Stelle (F.A.Z. vom 29. April) zu eigen gemacht. So sehr man ihm darin beipflichten möchte, dass die Industriestaaten des Nordens in der Pflicht sind, die ärmeren Staaten des globalen Südens in der Pandemie-Bekämpfung zu unterstützen – das vorgeschlagene Mittel eines Patentverzichts ist hierfür ungeeignet und würde die Bekämpfung der Corona-Pandemie behindern.

Patente sind für forschende Pharmaunternehmen von essentieller Bedeutung bei der Sicherung ihrer Investitionen. Die Erforschung und Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen, aber auch von medizinisch-technischen Geräten erfordern hohe Investitionen. Hierzu sind Unternehmen nur bereit, wenn sie für ihre Entwicklungen für einen gewissen Zeitraum das Recht exklusiver Vermarktung erhalten. Dies wird durch Patente gesichert. Ohne sie können Start-ups und Unternehmen, die auf Finanzierung durch Dritte angewiesen sind, keine Mittel von Kapitalgebern einwerben. Gerade in Deutschland waren in den letzten Monaten mittelständisch geprägte Unternehmen in der Impfstoffforschung erfolgreich. Ohne Patente wären sie kaum an das hierfür erforderliche Risikokapitel gekommen.

Kooperation braucht Absicherung

Ohne Patente werden sie aber auch künftig nicht in der Lage sein, Impfstoffe gegen die indische oder weitere, heute noch unbekannte Mutanten des Coronavirus zu entwickeln. Patente helfen den Inhabern zudem dabei, bei Kooperationen mit anderen Unternehmen ihre eigenen Leistungen abzusichern. Dementsprechend haben die gegenwärtig stark in der Öffentlichkeit stehenden deutschen Unternehmen, die mittels mRNA-Technologien sehr schnell Impfstoffe entwickeln konnten, in den zurückliegenden Jahren Portfolios mit Patenten aufgebaut, welche die jetzt notwendigen technischen Grundlagen gegenüber der Öffentlichkeit offenlegen und zugleich schützen. Ohne diese Patentportfolios wäre es kaum denkbar, in Kooperationen mit internationalen Pharmariesen einzutreten.

Wenn Nico Stuhr meint, ein entsprechendes „Sicherheitsnetz" von Impfstoffen könne auch auf andere Weise gespannt werden, mag er an den von staatlichen Instituten entwickelten russischen Impfstoff „Sputnik V" denken. Das privatwirtschaftliche und auf Patenten beruhende Innovationsmodell der westlichen Unternehmen schlägt sich im internationalen Vergleich mit russischen und chinesischen Impfstoffen bislang aber sehr gut. Man mag die Gewinnorientierung beklagen; die Ergebnisse sprechen jedoch für sich.

Eine vollständige Aussetzung des WTO-Schutzes von Patenten hätte negative Auswirkungen auf die patentgestützte Forschung und Entwicklung der hiesigen Industrien. Der von Indien und Südafrika vorgeschlagene „TRIPS-Waiver" würde es internationalen Pharmaunternehmen aus den westlichen Staaten, aber auch aus China und Russland gestatten, die Patentportfolios deutscher Unternehmen in der Impfstoffforschung ohne deren Mitsprache zu verwerten. Das kann nicht im Interesse Deutschlands und Europas sein.

Langfristig wäre es auch nicht im Interesse der weniger entwickelten Staaten, weil die Forschung und Entwicklung von Technologien in den demokratischen Staaten des Westens behindert oder mangels Finanzierung zum Erliegen kommen würde. Die Entwicklungsländer wären dann ganz auf die Hilfe autokratischer Systeme angewiesen.

Die durch Patente bewirkte Exklusivität der Nutzung von Technologien kann allerdings auch negative Wirkungen für die Gesellschaft oder einzelne Bevölkerungsgruppen nach sich ziehen. Ist der Patentinhaber nicht bereit und in der Lage, die Technologie in der erforderlichen Menge und Qualität herzustellen und zu vermarkten, verweigert anderen aber die Erlaubnis, dies statt seiner zu tun, kann ein Patent zu unerwünschten Blockaden führen. Gerade im Bereich von Impfstoffen besteht ein öffentliches Interesse an einer ausreichenden, sicheren und erschwinglichen Versorgung der Bevölkerung. Ein vollständiger Verzicht auf den Patentschutz ist zur Lösung denkbarer Blockaden aber nicht notwendig, weil das Patentrecht bereits heute Mittel zur Sicherung des Allgemeininteresses bereithält. Eigentum verpflichtet – das gilt für Patente in viel stärkerem Maße als für Sacheigentum.

Das Mittel der Zwangslizenz

Auf nationaler Ebene können Zwangslizenzen oder eine Benutzungsanordnung auf Grundlage des geltenden Patentgesetzes Abhilfe schaffen. Gerade die Zwangslizenz hat sich in den letzten Jahren als effektives Mittel erwiesen, um Blockaden bei der Herstellung von Medikamenten aufzulösen. Allerdings setzt das voraus, dass es überhaupt Hersteller gibt, die technisch in der Lage und bereit sind, die betreffenden Erzeugnisse herzustellen. Hier liegt offenkundig das größte praktische Problem der Impfstoffproduktion und letztlich auch der internationalen Initiativen zur Versorgung ärmerer Staaten mit Impfstoffen, insbesondere der Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation. Zudem kommt eine Zwangslizenz erst in Frage, wenn sich der Patentinhaber weigert, eine Lizenz zu angemessenen Bedingungen zu erteilen.

Dass die Patentinhaber in Deutschland in der gegenwärtigen Lage nicht bereit sind, Patentlizenzen zu erteilen und mit anderen Herstellern zu kooperieren, ist jedoch nicht erkennbar. Im Gegenteil sind die Unternehmen in vielfältigen nationalen und internationalen Kooperationen miteinander verbunden. Auch in Staaten wie Indien können in Übereinstimmung mit dem WTO-Recht Zwangslizenzen erteilt werden. Dort stehen aber offenkundig andere rechtliche und tatsächliche Hürden der effektiven Bekämpfung der Pandemie im Weg und nicht die Patente von Biontech.

Das von Nico Stuhr gescholtene TRIPS-Abkommen über den Handel mit geistigen Eigentum geht sogar noch einen Schritt weiter. WTO-Mitgliedstaaten mit einer pharmazeutischen Industrie können heimischen Herstellern die Produktion von Medikamenten, Impfstoffen und Geräten mit einer Zwangslizenz erlauben, um auf diese Weise eine Notlage in einem weniger entwickelten Land zu bekämpfen. Für die EU ist seit 2006 hierzu eine Durchführungsverordnung in Kraft, die bislang aber noch nicht in der Praxis erprobt wurde. Ob die Erteilung von Zwangslizenzen aktuell bereits geboten ist, erscheint nach Lage der Dinge jedoch als zweifelhaft, weil überall auf der Welt Herstellungskapazitäten fehlen. Ärzte ohne Grenzen verweisen, als solches sicher zutreffend, auf die schlechten Erfahrungen bei der Versorgung afrikanischer Staaten mit Medikamenten gegen HIV/Aids in der Vergangenheit. Die aktuelle Situation ist aber eine andere. Zudem ist zu bedenken, dass eine Zwangslizenz allein noch niemanden in die Lage versetzt, technisch komplexe Impfstoffe sicher herzustellen. Wirksamer wäre die Förderung der Kooperation forschender Pharmaunternehmen mit lokalen Herstellern in den betreffenden Ländern.

Damit soll nicht gesagt sein, dass das Patentrecht keiner Reform bedarf. Im Gegenteil: Es wirkt mitunter dysfunktional und erzeugt hohe Kosten, die sich oft nur große Unternehmen leisten können. In anderen Technologiefeldern, etwa bei der Software, haben sich alternative Innovationsmodelle entwickelt, die auch ohne Patente funktionieren. Für den Pharmabereich ist das bislang nicht gelungen. Ein Nachdenken über Reformen lohnt sich national wie international. So muss das Verhältnis der öffentlichen Finanzierung privater Forschung und der hieraus resultierenden Patente kritisch beleuchtet werden. Hier fehlt es oft an der nötigen Transparenz. Auf globaler Ebene sollte der Technologietransfer in weniger entwickelte Länder gefördert werden, um sie in die Lage zu versetzen, selbst Technologien zu entwickeln, um ihre Bevölkerung zu versorgen. Die Diskussion über den „TRIPS-Waiver" könnte eine Reformdebatte in der WTO in Gang setzen. Eine Aussetzung des Patentschutzes hilft in der gegenwärtigen Situation nicht.

Axel Metzger lehrt Immaterialgüterrecht an der Berliner Humboldt-Universität.